Nr. 44 1. Ausgabe

Sonntag, 15. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13837, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Vorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffer- oder Nachweis 50 v. H. Sondergebühr. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Postscheinzahlung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreis: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 9.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzahlung in den Postämtern. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Ein internationaler Gerichtshof

Von unserm Mitarbeiter

Haag, 10. Februar

Von unterrichteter Seite erfahre ich zu dem holländischen Vorschlage, einen internationalen Gerichtshof für „Kriegsmissetäter" zu bilden, folgendes:

„Dieser Vorschlag reicht in die Zeit der Versailler Verhandlungen zurück. Als sich die deutsche Friedensdelegation in Versailles befand, hielten sich in Paris die Bevollmächtigten der Haager Regierung auf, um mit dem obersten Kriegsrate der Alliierten und Assoziierten über die Auslieferungsfrage des Exkaisers Besprechungen zu führen. Es war der Staatsrat Professor Struycken, der ein Exposé ablieferte, in dem die Organisierung einer internationalen Rechtsprechung über die im Kriege begangenen Verbrechen dargelegt wurde. Bei dem Delegationsführer der Vereinigten Staaten, Lansing, fand diese Anregung der niederländischen Regierung rückhaltlose Zustimmung, ebenso bei Lord Robert Cecil. Nach mehrwöchigen Beratungen fiel aber der Vorschlag Hollands, weil sich Lloyd George mit Clemenceau über „drakonische Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher" verständigt hatte, und weil die belgischen Vertreter ihre Abneigung zu erkennen gaben, den internationalen Gerichtshof, der von Holland angeregt wurde, im Haager Friedenspalaste tagen zu lassen. Es spielten damals die belgisch-holländischen Unstimmigkeiten, die ja auch heute noch nicht gänzlich behoben sind, in die Auslieferungs- und Rechtsprechungsfragen hinein. Tatsächlich waren es allein die Amerikaner, die für die Erhebung des Haag zur Gerichtsstadt" eine Lanze brachen. Heute sieht man klar, daß die Washingtoner Regierung für diese Lösung des meiste übrigt hat.

Vor Absendung der Kaisernote an Holland versuchte die Haager Regierung noch einmal, in Paris eine „landsmannschaftliche Lösung" der Auslieferungsartikel durchzubringen. Im Dezember hatte man den Eindruck, als würde Lloyd George den Haager Vorschlägen näbertreten. Doch da kam der Wille des neuen französischen Parlaments in Frage. Wir hörten von maßgebender Pariser Seite, daß die Volksvertretung Frankreichs für „farblose Kompromisse" nicht zu haben sei, also mit „durchgreifenden Beschlüssen der Regierung" gerechnet werden müsse. Was blieb uns nach diesen mißlungenen Versuchen, noch übrig? Die Ereignisse abwarten. Das taten wir getan . . .

Nach der Kaisernote an Holland und der an Deutschland gestellten Auslieferungsforderung ist wieder Platz für die holländische Anregung geschaffen. Von den andern neutralen Staaten wird der Vorschlag gebilligt, und wir sind im Besitze mehrerer Zuschriften maßgebender skandinavischer, spanischer und schweizerischer Persönlichkeiten, die in der Errichtung eines internationalen Tribunals im Haag die „vornehmste Lösung dieses umstrittenen Standpunktes der Alliierten" erblicken. Mehr als das, die Zustimmung der Neutralen, in den Völkerbund einzutreten, dürfte letzten Endes davon abhängig gemacht werden, daß die Alliierten Europas eine Internationalisierung der Rechtsprechung über die „Kriegsmissetäter" zulassen, wenn nicht selbst in die Hand nehmen. Man muß ferner, vom holländischen Standpunkte aus gesehen, betonen, daß sich in Holland zweifellos frühere deutsche Militärs und Bürger befinden, die auf einer der Auslieferungslisten der Entente stehen oder noch stehen werden. Holland lehnte die Auslieferung des Exkaisers ab, es wird genau so zu handeln haben, wenn die Entente, auf Grund ihrer eifrig betriebenen Nachforschungen, die Auslieferung von deutschen Kriegsverbrechern wünscht. Bisher ließen wir die Auslieferung solcher Deutschen nur dann zu, wenn es sich um erwiesene Diebstähle in Belgien handelte, und in diesen vereinzelten Fällen hatten die fraglichen Personen keine Aufenthaltserlaubnis. Wenn jedoch ein Deutscher die Aufenthaltserlaubnis besitzt, so läßt sich, ohne zwingenden Grund, die Ausweisung nicht dekretieren.

Wir wissen auch, daß sich in andern neutral gebliebenen Ländern Deutsche befinden, die auf einer Auslieferungsliste genannt sein könnten. Ohne jeden Zweifel werden dort die gleichen Gründe gegen eine Ausweisung geltend gemacht werden müssen wie bei uns. Mit diesem kurzen Hinweise auf die Rückwirkung des Auslieferungsbegehrens der Entente in Holland möchte ich Ihnen zeigen, daß wir ein großes direktes Interesse an einer streng rechtlichen Lösung der Frage haben. Wir könnten sonst mit den Alliierten in allerlei unerquickliche Auseinandersetzungen, die für die Wiederherstellung normaler Beziehungen unter den europäischen Staaten nicht zuträglich wären, Momentan sehen wir auf gewisse Widerstände in Brüssel und demgemäß in Paris. Dagegen würde uns England, vielleicht den Amerikanern zuliebe, zustimmen; Italien und Japan haben bereits bei früheren Anlässen für die Vorschläge Hollands gesprochen . . ."

* Haag, 13. Februar. Der „Nieuwe Courant" meldet, daß die Besprechungen über die Frage des künftigen internationalen Gerichtshofes am 15. d. M. im Haager Friedenspalast beginnen werden.

Beratungen in London

Reuter meldet aus London: Der Oberste Alliiertenrat trat in Downingstreet zusammen, angegen waren Lloyd George, Millerand, Nitti und Curzon. Die Beratungen hatten allgemeinen und vorläufigen Charakter. Sie galten den hauptsächlichsten deutschen und türkischen Fragen und dauerten sechs Stunden. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß die Zusammenkunft in London zwei Wochen dauern wird. Die Verhandlungen gehen langsamer vonstatten, als in Paris. Der Grund hierfür liegt in der schwierigen Verständigung, da weder Nitti noch Millerand englisch sprechen, was Clemenceau geläufig sprach. Auch wohnte der Mittagssitzung bei. Ein amerikanischer Vertreter nahm an den Verhandlungen nicht teil.

Einer weiteren Reutermeldung zufolge befaßte sich der Oberste Rat mit der Frage der Auslieferung der Kriegsverbrecher. Neben die weiteren Vorstellungen gegen Deutschland wurde volle Uebereinstimmung erzielt. Der Oberste Rat beriet über die Note wegen der Auslieferung der schuldigen Deutschen sowie über eine Note an Holland wegen der Auslieferung des früheren Kaisers. Der Wortlaut beider Noten wird in der nächsten Sitzung festgelegt werden. — Es verlautet, daß die Antwort an Holland erklären werde, es sei nicht rechtsam, daß der Friede Europas dadurch gestört würde, daß dem Kaiser erlaubt werde, an seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte zu bleiben. Im Interesse Hollands wie der übrigen Länder müsse dieser Standpunkt in Erwägung gezogen werden.

× Haag, 13. Februar. Einem drahtlosen Bericht aus London zufolge hat die Konferenz der Premierminister beschlossen, daß der Hauptsitz der Konferenz Paris bleiben solle, daß man jedoch die Versammlung zwei bis drei Wochen in London abhalten wolle, da dadurch die Teilnahme der englischen Minister erleichtert werde.

⊙ Genf, 14. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet aus London: Die Beratungen in London gehen Montag zu Ende. Ein offizieller Gesamtbericht ist nicht vor Dienstag oder Mittwoch zu erwarten. Es bestehen keine prinzipiellen Meinungsdifferenzen zwischen den Alliierten.

England und die Auslieferungsfrage

⊙ London, 9. Februar. (Indirekt.) Die abfällige Beurteilung der Auslieferungsliste durch die führenden liberalen Zeitungen Englands ist um so bedeutsamer für die weitere Entwicklung dieser Frage, da bereits in den Blättern der Arbeiterpartei gegen das in Paris geäußerte Verlangen, die Besetzung des linken Rheinufers um weitere fünf bis zehn Jahre zu verlängern, offen Stellung genommen wird. In England sind wieder zwei Unterhaussitze frei geworden. Die Liberalen lassen durch ihre Kandidaten eine Wahlpropaganda betreiben, die man als „revisionistisch" bezeichnet, womit die Revision des Versailler Vertrages gemeint ist. Für die Regierungskandidaten ist diese Situation sehr peinlich, denn sie können nicht gegen den Versailler Vertrag sein und für Lloyd George, den Mitschöpfer des Paktes, Merkwürdig ist, daß sie „Schwächen in dem Vertrage" zugeben. Am Sonntag wurde von den liberalen Bewerbern die Blamage mit der Auslieferungsliste gegen die Regierungskandidaten ausgespielt. Es kam vielfach zu stürmischen Auseinandersetzungen, die zur Folge hatten, daß die Anhänger Lloyd Georges von der halbamtlichen Mitteilung des „Daily Chronicle", wonach die englischen Vertreter in Paris über die Namen der Liste nicht genau unterrichtet wurden, reichlichen Gebrauch machten. Ihre Stellung schien also sehr geschwächt.

Reden im Unterhaus

Wie die englischen Blätter melden, sagte Lord Curzon in seiner Rede u. a.: Er erwarte, daß ein sehr großer Teil des Friedensvertrags im Laufe der Zeit abgeändert werden müsse. „Der Vertrag mit Deutschland", fuhr er fort, „ist jetzt ratifiziert und wir haben die diplomatischen und Handelsbeziehungen mit diesem Lande wieder aufgenommen. Wenn Deutschland seine Bereitschaft zu redlicher Erfüllung der Bedingungen erweist, so werden wir unser Bestes tun, um ihm bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen beizustehen." Die Verzögerung der Friedensverhandlungen mit der Türkei sei auf den Wunsch zurückzuführen, den Vereinigten Staaten Gelegenheit zu geben, bei der künftigen Neuordnung der Dinge die führende Rolle zu übernehmen. Wir würden es begrüßt haben, wenn die Vereinigten Staaten das Mandat über das ganze türkische Reich übernommen hätten. Ueber Bagdad äußerte Curzon, er glaube, es sei jetzt zu spät für England, seine Tätigkeit auf das Wilajet Basra zu beschränken. Weiterhin bemerkte Curzon, eine ganze Reihe von Schwierigkeiten hätte sich aus den in der ersten Zeit des Krieges mit Frankreich, Italien und andern Mächten abgeschlossenen Verträgen ergeben. Er wolle kein Wort des Tadels aussprechen, meine aber, daß diese Verträge eine Warnung für die Zukunft darstellten vor einem ähnlichen Experiment.

Laut „Telegraaf" erklärte bei der Debatte über das liberale Amendement betreffend eine Abänderung des Friedensvertrages Lord Robert Cecil, seiner Ansicht nach sei eine Abänderung des Vertrages augenblicklich undurchführbar. Wahrscheinlich müßten aber früher oder später einige Bestimmungen des Vertrages abgeändert werden. Cecil fordert, daß eine Zusammenkunft des Völkerbundes zur Besprechung der russischen Frage stattfinde, wobei zugleich an die Parteien, die noch jetzt Krieg führen, die energische Mahnung gerichtet werden solle, daß jetzt mit dem Kriegführen Schluß gemacht werden müsse und daß der Völkerbund da sei, um internationale Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen. — Ueber den Zustand Mitteleuropas erklärte Cecil: Die englische Regierung habe sehr wenig getan, um diesen Zustand zu verbessern. Die Blockade sei viel länger aufrechterhalten worden, als nötig war. Die Bestimmungen über die Wiederaufmachung im Friedensvertrag mit Deutschland ertöteten die Hoffnung und vernichteten die Arbeitslust. Ueber die Forderung auf Auslieferung der Kriegsverbrecher sagte Lord Robert Cecil, sie werde im Falle des Befolgens eines Revolution in Deutschland zustand bringen und im Falle einer Nichtbefolgung das Ansehen der deutschen Militärpartei erhöhen.

Balfour schloß die Debatte, indem er erklärte, der Friedensvertrag sehe Deutschland in die Lage, selbst die gesamte Entschädigungssumme, die es zahlen wolle, zu nennen, und daß die Alliierten einen solchen Vorschlag gegebenenfalls erwägen würden. Niemand könne jedoch sagen, was Deutschland bezahlen könne. Ueber die Auslieferungsfrage sprechend, sagte Balfour, die englische Regierung habe eine sehr beschränkte Liste aufgestellt und die Liste der andern Länder nicht gesehen. Er habe die Auslieferungsfrage mit Clemenceau besprochen, dieser habe es für wünschenswert gehalten, die Liste so sehr wie möglich einzuschränken, habe jedoch hinzugefügt, dies sei wegen der zahlreichen, von französischen Zivilpersonen beschuldigten Deutschen unmöglich. Das Amendement wurde schließlich mit 254 gegen 60 Stimmen verworfen.

Der Schwerpunkt der englischen Politik

⊙ Rotterdam, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" stellen als bedeutsam fest, daß die Thronrede das englischen Parlaments am letzten Dienstag den Friedensvertrag mit ganz wenigen Worten erwähnte. Es wurde lediglich die bevorstehende Ankunft des deutschen Geschäftsträgers in London angezeigt. Dagegen verweilte die Thronrede mit mehr als zwanzig Sätzen bei der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Groß-Rußland und kündigte im übrigen die Erhöhung der Territorialarmee an. Diese Erhöhung wird fast eine halbe Million Mann betragen.

Der Ton der neuen Note?

× Paris, 13. Februar. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin" Jules Sauerwald glaubt zu wissen, daß die Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 25. Januar zwar im Tone fest sei, jedoch Raum lasse für Verhandlungen. Man habe den Vorstellungen Lloyd Georges, der Oeffentlichkeit und dem Standpunkte der Parteien in England Rechnung getragen.

Zwangsvorführung oder Aburteilung in contumaciam?

* Genf, 14. Februar. „Journal des Debats" meldet aus London: Es wurde in das Ermessen der die Auslieferung fordernden Staaten gestellt, ob sie die Zwangsvorführung der Deutschen ergreifen oder das Urteil in contumaciam aussprechen wollen. Ein Verzicht auf die Aburteilungen wurde von allen Staaten abgelehnt.

Die deutsche Gegenliste

* Berlin, 14. Februar. Die Lage in der Auslieferungsfrage ist unverändert. Die Regierung bleibt auf dem von ihr eingenommenen Standpunkt, der klar und feinumrissen ist, stehen. Für die deutsche Gegenliste ist das Material geordnet und bereit. Von diesem Material den geeigneten Gebrauch zu machen, behält sich die Regierung vor, ebenso, wie den dafür geeigneten Augenblick zu bestimmen.

Europäische Gemeinbürgschaft

Das englische Unterhaus hat mit großer Mehrheit den liberalen Zusatzantrag abgelehnt, der eine Abänderung des Versailler Friedens für notwendig erklärte. Dieses Ergebnis ist nicht weiter verwunderlich. Vorläufig herrscht noch die Lloyd George ergebene, auf ihn eingeschriebene Mehrheit im Hause der Gemeinen. Aber nicht bloß aus der Haltung Curzons, auch aus sonstigen Anzeichen ist unschwer zu erkennen, daß die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Versailler Vertrages immer weiter um sich greift, in England sowohl wie in den übrigen Ententeländern. Das hat ganz besonders drastisch Minister Nitti bekundet, der italienische Premier, als er offen erklärte, für ganz Europa sei die Lage besorgniserregend, und das Gleichgewicht könne nur durch das aufrichtige Zusammenwirken von Sieger und Besiegtem erreicht werden. Dieses Zusammenwirken könne sich aber nur auf einen Frieden stützen, der dem Besiegten nicht unerträgliche Bedingungen stellt.

Hier zeigen sich zum ersten Male die Ansätze zu jener europäischen Gemeinbürgschaft, die in der Tat die Grundlage und die Voraussetzung für die Genesung Europas von den schweren Wunden und Erschütterungen des Weltkrieges bilden. Aber gegen diesen Gedanken der Gemeinbürgschaft ist bis auf den heutigen Tag von den Führern der Entente in der schwersten und unverantwortlichsten Weise gesündigt worden. Sie haben es nicht verstanden oder nicht verstehen wollen, daß die Welt ebenso schwer zu leiden hat durch den Mangel an russischen Rohstoffen und Lebensmitteln und durch die gewaltsame Unterdrückung und Ausschaltung der deutschen Organisation und Intelligenz am Werke des gemeinsamen europäischen Aufbaues. Jetzt erklärt der Senator Knox im amerikanischen Senat, es sei unmöglich, daß Deutschland die verlangten Schadenersatzzahlungen leistet und die ganze Welt erkenne die Schwächen des Vertrages. Aber wo war Amerika und was tat Wilson, als man in Versailles monatelang über den Frieden beriet und verhandelte und die Deutschen hochnotpeinlich vor der Tür ließ? Was taten die Staatsmänner, die jetzt so oft die Mängel des Vertrages beklagen, um die sinnlose und verbrecherische Verlängerung der Blockade gegen Deutschland zu verhindern?

Seit dem Tage vor Abschluß des Waffenstillstandes bis zur Ratifizierung des Friedens ist so maßlos gegen die europäische Gemeinbürgschaft gesündigt worden, daß die Hilferufe der Herren Nitti, Lord Curzon und des Senators Knox vielleicht schon zu spät kommen. Auch der „Temps" bekommt es jetzt mit der Angst zu tun und erklärt mit einemmal, viel wichtiger als die Auslieferungsfrage wäre doch die Herstellung der Arbeitsfähigkeit Deutschlands und die Sicherung seiner Ernährung, denn ohne Nahrung keine Arbeit. Also auch der französische Koller beginnt jetzt abzuflauen. Man merkt in Paris, daß der Sturz Deutschlands den Ruin Frankreichs bedeutet, wie er auch den Ruin Englands und eine Schädigung Amerikas nach sich ziehen muß. Wir fürchten nur, daß die Erkenntnis sehr spät kommt und möglicherweise zu spät, wenn nicht außergewöhnliche Glücksfälle eintreten, und darauf zu rechnen, liegt für vernünftige Menschen kein Grund vor.

Der Verkehr mit Danzig

Wie die Eisenbahndirektion Danzig mitteilt, haben Vertreter der polnischen Eisenbahn-, Zoll- und Militärverwaltung erklärt, den Verkehr auf der Strecke Dirschau—Danzig nicht zu sperren. Sie sind ferner bereit, falls die zu erwartende Zustimmung aus Warschau eintrifft, vom 15. d. M. ab bis zur Beendigung der Danziger Messe allsonntäglich einen Sonderzug von Berlin über Konitz-Dirschau nach Danzig und zurück zuzulassen. Als Ausweis für Reisende sollen behördliche Bescheinigungen mit dem Zusatz „zur Messe Danzig" genügen. Sie werden an der Grenze und bei Rückfahrt in Danzig von den polnischen Beauftragten mit Gültigkeitsvermerk versehen. Die Ausgabe direkter Fahrkarten Berlin—Danzig und direkte Gepäckabfertigung werden zugestanden. Die Zollabfertigung für Güter und Gepäck kann nach Anlegung polnischer Zollplomben unterbleiben, wenn die Züge auf der Strecke Konitz—Dirschau oder Laskowitz—Danzig nicht halten. Die polnischen Vertreter werden zu vorstehenden Maßnahmen die Zustimmung ihrer Warschauer Ministerien durch Funkspruch einholen und der Eisenbahndirektion Danzig bis morgen Mittag endgültig mitteilen.

Um Oberschlesien

Nach der ersten Abstimmung in Nordschleswig, die leider mit dem allerdings erwarteten Verlust der ersten Zone an Dänemark endete, folgt demnächst die Abstimmung in Oberschlesien. Ein schwerer Kampf steht auch der dortigen deutschen Bevölkerung bevor. Darüber darf man sich nicht täuschen. Die Polen machen seit einem Jahre, teils noch länger, die fadenhaftesten Anstrengungen, um die Entscheidung über die künftige Staatsangehörigkeit der dortigen Bevölkerung zu ihren Gunsten herbeizuführen. Nichts wird versäumt, was nach dieser Richtung wirken kann. In Wort und Schrift wird gegen Deutschland und für Polen Propaganda gemacht, durch Anwendung billiger Bekleidungsstücke sucht man die Bewohner für Polen günstig zu stimmen. Der Boden ist für solche Aussaat nicht unempfänglich. Noch vor 25 Jahren waren auch die polnisch sprechenden Oberschlesier gut deutsch gesinnt und wollten von Polen nichts wissen. Sie wählten auch nicht zugunsten der polnischen Partei, sondern des Zentrums. Da setzte, erst vorsichtig, dann immer offener und radikaler, eine nationalpolnische Agitation ein, die anfangs auf Gleichgültigkeit oder Widerstand stieß, sich aber allmählich, namentlich unter der agitatorischen Führung des Abgeordneten Korfanty, erfolgreich durchsetzte.

Die zähe und zielbewußte Friedensarbeit hat nur zum Teil Früchte getragen und beträchtliche Bevölkerungsschichten für die Bekennung der polnischen Nationalität gewonnen. Es kommt hinzu, daß in solchen Grenzgebieten, wie es Oberschlesien ist, ohnehin ein Völkergemisch besteht, das auswärtigen Einflüssen leichter zugänglich ist als ein rein deutsches Gebiet. Zu diesen Faktoren kommt noch hinzu, daß die französischen Besatzungstruppen ebenso gegen das Deutschtum arbeiten wie die zahlreichen polnischen Agitatoren und sich dabei besonders angelegen sein lassen, die Zustände in Deutschland als schlimm und hoffnungslos zu schildern und im Gegensatz dazu die Verhältnisse im Lande des Weißen Adlers in verlockenden Rosafarben auszumalen. Verfangen auch solche Künste nicht bei den urteilsfähigen und kenntnisreichen Leuten, so doch desto sicherer bei der Masse, die nicht imstande ist, selbständig zu denken, und gewissenlosen Agitatoren aufs Wort glaubt.

Ob gegen diese gefährliche Wühlarbeit rechtzeitig und geschickt angekämpft worden ist, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls müssen jetzt, wo die endgültige Entscheidung herangerückt, alle Kräfte angespannt und alle Mittel versucht werden, um Oberschlesien für Deutschland zu erhalten. Es handelte sich bei einem Mißerfolg in diesem Falle um weit mehr, als nur um den gewiß auch schmerzlichen Verlust von Land und Leuten. Es ginge auch ein Gebiet von unersetzlicher wirtschaftlicher Bedeutung verloren. Handelt es sich in Nordschleswig fast ausschließlich um Land- und Forstwirtschaft, so kommt in Oberschlesien zu diesen, die ebenfalls hoch entwickelt sind, noch eine bedeutende Industrie hinzu, die auf den reichen Bodenschätzen des Landes beruht und von diesen untrennbar ist. In ihrem Gefolge aber hat sich auch ein blühender Handel entwickelt.

Obenan steht in Oberschlesien die Steinkohlenförderung. Trotzdem das Gebiet wenig ausgedehnt ist, betrug sie in Friedenszeiten 2½mal soviel, als die in ganz Oesterreich-Ungarn, doppelt soviel, als im früheren Zarenreiche, ebensoviel wie in Frankreich. Der Gesamtwert der oberschlesischen Bergerzeugnisse betrug jährlich über 988½ Millionen Mark, wobei der Selbstverbrauch der dortigen Industrie nicht eingegriffen war. Man braucht sich nur diese Zahl an vergegenwärtigen, um die wirtschaftliche Bedeutung eines Verlustes dieses reichen Gebietes zu ermessen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß Deutschland ja bereits die Kohlenförderung Elsaß-Lothringens und des Saarlandes eingebüßt hat. Mit Oberschlesien würde sich also der Gesamtverlust allein an Steinkohlen auf fast ein Viertel der Gesamtförderung in Friedenszeiten belaufen. Die deutsche Industrie stünde damit vor einer neuen schweren Katastrophe von unabsehbaren Folgen.

Aber damit wären die wirtschaftlichen Verluste durch eine Lostrennung Oberschlesiens noch lange nicht erschöpft. Es kommen noch in Betracht: Briketts- und Koksherstellung nebst den Nebenerzeugnissen, Teer, Benzol usw., ferner die Eisenproduktion, Zinkförderung, Schwefelsäure, Zement, Kalk, Textilwaren usw. Oberschlesien ist ein überreiches und wertvolles Gebiet, das Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen schwerer als sonst entbehren könnte, und ohne das die deutsche Industrie keine Aussicht hätte, bald wieder zu gesunden. Das alles wissen natürlich auch die Gegner, und darum ist es sicher, daß der Kampf um dieses überaus wertvolle Gebiet unendlich heiß und schwer werden wird. Möchte er zugunsten Deutschlands entschieden werden.

Der Kampf um Flensburg

Aus Flensburg wird berichtet, die Dänen hätten sich sämtliche Adressen der Deutschen zu beschaffen verstanden, die sich zur Abstimmung beim deutschen Ausschuß gemeldet hatten, um ihnen einen langen Aufruf zuzuschicken und sie aufzufordern, dänisch zu stimmen. Es herrsche große Empörung über ein solches Verfahren. — Zu diesem dänisch-nationalistischen Aufruf ging der Zentrale für Heimatschutz folgende Mitteilung eines sich in Dresden aufhaltenden Flensburgers zu:

„Der Nordschleswigsche Ausschuß für die Grenzfrage versendet auch an die in Sachsen wohnhaften geborenen Flensburger ein Flugblatt, in dem er nachzuweisen sucht, daß die Stadt Flensburg trotz ihres angegebenen deutschen Charakters und Gepräges rechtlich zu Dänemark gehöre, und fordert die in Deutschland lebenden geborenen Flensburger auf, Dänemark zu seinem Recht zu verhelfen, bei der Stimmenabgabe für Dänemark zu stimmen. Das in dem Flugblatt Angeführte ist so oft und ausführlich widerlegt worden, daß sich ein Eingehen darauf eigentlich vollständig erübrigt. Es darf aber nochmals betont werden, daß Flensburg seine heutige Bedeutung in bezug auf Handel, Industrie und Schiffahrt lediglich und nur seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche verdankt und unter dänischer Herrschaft sicher das ehemalige unbedeutende Küstenstädtchen geblieben wäre. Daß Flensburg, sofern es dänisch würde, in dem nur vier Millionen Einwohner zählenden reinen Agrarstaat die reichen Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden könnte, die es angesichts als deutsche Hafenstadt vor Augen hat, ist ausgeschlossen. Die hier wohnenden Flensburger und Nordschleswiger weisen daher jene Zumutung des dänischen Interessen arbeitenden Ausschusses weit zurück: Flensburg ist und soll auch weiter deutsch bleiben."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1920021501/1